raum&zeit
Die neue Dimension der Wissenschaft

SONDERDRUCK

Das Virus der Freiheitsvergessenheit

Wohin führt uns die Corona-Krise?

© ehlers verlag gmbh, Geltinger Str. 14e, 82515 Wolfratshausen, Tel.: 08171/4184-60, Fax: 08171/4184-66
E-Mail: vertrieb@ehlersverlag.de, www.raum-und-zeit.com;
Nachdruck und Weiterverbreitung mit Quellenangabe ausdrücklicn erwünscht!
Online: www.raum-und-zeit.com/gesellschaft/coronakrise/

Das Virus der Freiheitsvergessenheit

Wohin führt uns die Corona-Krise?

Es sieht aus wie ein Apfel mit Stacheln dran. In Wahrheit könnte das Corona-Virus jedoch als Abrissbirne unserer Demokratie und unserer Freiheitsrechte in die Geschichte eingehen. Roland Rottenfußer über die Anfänge einer neuen Diktatur.

Von Roland Rottenfußer, Peißenberg

© shchus/Adobe Stock

Fast alle Grundrechte, die wir bisher für selbstverständlich hielten, sind im Zuge der Corona-Krise Staffage. Die Obrigkeit sperrt uns in unseren Wohnungen ein und bestraft uns, wenn sie uns in Dreiergruppen auf der Straße erwischt. Will man uns hier wirklich nur vor einer virulenten Ansteckungsgefahr bewahren oder geht es um etwas ganz anderes?

Man möchte gern glauben, dass die Regierung die Bürgerrechte achtet und nach einer kurzen Episode „demokratischer Zumutung" (Angela Merkel) zu Normalität zurückkehren wird. Warum dann versucht das Corona-Regime nicht einmal vorzutäuschen, als sei ihm das Grundgesetz noch etwas wert? Zwischen Lebensschutz und Freiheitsrechten hätte es die Möglichkeit eines Kompromisses gegeben. Damit wäre denjenigen, die im jetzigen Regierungshandeln die Vorbereitungsphase einer neuen Diktatur sehen, der Wind aus den Segeln genommen. So hätte man zumindest das Demonstrationsrecht, die Religionsfreiheit und die Bewegungsfreiheit im Kern unangetastet lassen können.

Man hätte stärker auf die Selbstverantwortung der Bürger setzen können. Alles ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Warum sonst installiert der Staat nicht in jeder Privatwohnung – in jedem Schlafzimmer, jeder Toilette – eine Überwachungskamera? Schließlich ist unbestreitbar, dass dadurch häusliche Gewalt eingedämmt werden könnte. Wem bewusst ist, dass er jederzeit beobachtet wird, der scheut vor kriminellen Handlungen zurück. Dennoch hat sich unsere Gesellschaft gegen die Orwellsche Lösung entschieden. Noch.

Mehr und mehr mutieren Deutschland und viele andere Länder derzeit zu einem präventiven Sicherheitsstaat, zu einer Gesundheitsdiktatur. Ein solches Staatswesen ist jedoch in unserem Grundgesetz nicht vorgesehen. Es entspricht auch nicht dem Mehrheitswillen der Bürger, selbst wenn diese unter dem Dauerbeschuss der linientreuen Medien die Corona-Maßnahmen in Umfragen derzeit noch stützen.

Kein absoluter Lebensschutz

Auch einen absoluten Vorrang für den Lebensschutz kennt das Grundgesetz übrigens nicht. Wolfgang Schäuble – ein Mann, der sonst nicht für „alternative" Weltdeutungen bekannt ist –, machte die Öffentlichkeit auf eine Selbstverständlichkeit aufmerksam: *„Aber wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig. [...] Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen. Die ist unantastbar. Aber sie schließt nicht aus, dass wir sterben müssen."*[1]

Würde und Freiheit werden derzeit eher wie ein lästiges Korsett betrachtet, das es bei erster Gelegenheit abzuwerfen gilt. Freiheit kostet vielleicht Leben; Diktatur dagegen schützt Leben – daher muss die Freiheit weg. Auf dieser einfachen „Rechnung" basieren implizit fast alle öffentlichen Äußerungen von Politikern, Mainstream-Presse und eingebetteten Wissenschaftlern. Dabei fällt unter den Tisch, dass ohne die Freiheit nur noch ein sehr eingeschränktes Leben möglich ist. Und dass auch der Corona-Shutdown wegen der erheblichen sozialen, psychischen und finanziellen Belastungen, die er mit sich bringt, Leben kosten wird.

Ebenso wenig im Grundgesetz vorgesehen ist die jetzt praktizierte extreme Form der „Expertokratie". In diesen Tagen starren die verängstigten Menschen gebannt auf alles, was Promi-Virologen wie Prof. Christian Drosten sagen. Von ihrem Votum kann Wohl und Wehe von Millionen Menschen abhängen. Ein lapidar geäußerter Satz wie „Wir sollten vorsichtig sein, die Einschränkungen voreilig zu lockern" kann Existenzen vernichten. Virologen und Epidemiologen sehen immer nur einen bestimmten Ausschnitt des Problems. Das ist legitim, darauf sind sie geschult. Die Politik – und auch die Presse – sollten jedoch stets das große Ganze im Auge behalten.

Ratio gefragt

Die Tatsache, dass man als Laie nicht wissen kann, wie gefährlich das Virus ist, bedeutet nicht, dass man sich keinerlei fundierte Meinung darüber bilden könnte. Man kann sich umfassend informieren, einander widersprechende Informationen vergleichen und eigene Schlussfolgerungen aufgrund des „gesunden Menschenverstands" daraus ziehen. So könnte man die Infektions- und Sterberaten bei Corona 2020 mit denen vorangegangener Epidemien vergleichen. Man kann fragen, wie viele der Corona-Toten hochbetagt waren und Vorerkrankungen hatten. Ob alle diese Menschen „wegen Corona" oder „mit Corona" gestorben sind. Welche Rolle bei der Ausbreitung des Virus Luftverschmutzung und die Zustände in den örtlichen Krankenhäusern gespielt haben. Auch ist zu fragen, ob die Zunahme der Infizierten-Zahlen nicht mit der starken Zunahme diesbezüglicher Tests tun hat. Und ob von der Zahl der Infizierten stets säuberlich die Zahl der wieder Genesenen subtrahiert wurde.

Würde und Freiheit werden derzeit eher wie ein lästiges Korsett betrachtet.

Vom Mainstream abweichende Informationen lassen nur einen Schluss zu: Es gibt eine verdeckte Agenda für die Corona-Inszenierung. Wir wissen: die Politik schützt Leben nur höchst selektiv. Während fast alle Etablierten derzeit die Maske des barmherzigen Samariters aufsetzen, wurde der Verteidigungshaushalt aufgestockt, wurde der Afghanistan-Einsatz vom Bundestag verlängert. Auch dass sich Parteien, die über Jahrzehnte Altersarmut zugelassen haben, plötzlich um das Wohl älterer und kranker Menschen sorgen, ist neu. Solche Politiker

VERSAMMLUNGS-WÜRDE

sind nicht glaubwürdig, wenn sie vorgeben, um jedes Leben zu ringen.
Erschreckend an der Entwicklung seit März 2020 war nicht nur der offene Versuch der Exekutive, ihre Machtbefugnisse auf Kosten der bürgerlichen Freiheiten handstreichartig auszuweiten; nicht weniger erschreckend war auch, zu beobachten, wie wenig Widerstand sich regte. Dabei erwies sich das so genannte linke Lager, speziell Linkspartei, Grüne und SPD, als Totalausfall. Ebenso wie der ganz überwiegende Teil der Medienlandschaft. Und auch die Mehrheit der Bürger selbst trat in der Stunde höchster Bedrohung nicht für ihre Freiheiten ein. Man mag der Bevölkerungsmehrheit noch zugutehalten, dass es ihr vor allem darauf ankam, die Zahl der „Corona-Toten" so gering wie möglich zu halten. Unklar bleibt jedoch, ob es im Volk überhaupt so etwas wie Freiheitsliebe gibt, die mit dem verordneten Sicherheitsdenken hätte in Konkurrenz treten können.

Nebenwirkungen

Stattdessen blühten im Land unter dem Dauerfeuer opportunistischer Medienberichte Bespitzelung und Denunziantentum auf. Ich weiß von mehreren Fällen, in denen jemand gern Menschen in seiner Wohnung empfangen hätte – auch um zu heilen und zu helfen –, dies aber aus Angst unterließ, dass übereifrige Nachbarn ihn anzeigen könnten. Es ist verständlich, dass nicht jeder den offenen Widerstand wagt und hohe Strafen in Kauf nimmt. Die ersten fünf Monate des Jahres 2020 dürften aber als jene Phase in die Geschichte eingehen, in der die Mehrheit des Establishments wie auch der Presse und der Bürger die Freiheit achselzuckend preisgegeben hat. Und dies in einer Situation, in der (Stand Ende April 2020) nur etwa einer von 2000 Deutschen infiziert ist, wovon wiederum nur ein Bruchteil überhaupt Symptome entwickelt oder gar in Lebensgefahr schwebt.
Doch gibt es auch einige Widerstandsnester, „kleine gallische Dörfer", die dem Corona-Imperium trotzen. So gründete der Journalist Anselm Lenz die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand (KDW).[2] Die Initiative verurteilt die Corona-bedingten Grundrechtseingriffe und organisiert unter dem Slogan „Hygiene-Demos" seit dem 28. März kleine Demonstrationen auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. Aktivisten, die sich an das Hygiene- und Abstandsgebot hielten, verteilten dort an Passanten Exemplare des Grundgesetzes. Tatsächlich kam es jedoch bei diesem Event zu merkwürdigen Szenen. Polizisten trugen einen Stapel Grundgesetze vom Platz und forderten die ohnehin wenigen Teilnehmer nach kurzer Zeit auf, den Platz zu verlassen. Es wurden 17 Strafermittlungsverfahren u.a. wegen Verstößen gegen das Infektionsschutzgesetz und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verhängt. Quasi über Nacht war Demonstrieren von einem Grundrecht zum Straftatbestand geworden.
Obwohl das Bundesverfassungsgericht am 16. April feststellte, dass eine pauschales Versammlungsverbot „wegen Corona" unzulässig sei, wurde Demonstrationswilligen auch in der Folgezeit das Leben schwer gemacht. Es gab weitere Kundgebungen – in Dresden, Köln, Hamburg und München und weiteren Städten. Überall zeigte sich jedoch ein ähnliches Bild. Eine lächerlich geringe Teilnehmerzahl – großes „Theater" seitens der Polizei. Der demokratische Widerstand wurde und wird bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt fast vollständig unterdrückt.

Stattdessen blüht im Land unter dem Dauerfeuer opportionistischer Medienberichte Bespitzelung und Denunziantentum auf.

MEDIEN

Juristin warnt

Dabei sind die gesetzlichen Grundlagen einer solchen Vorgehensweise bis heute umstritten. So sagte die Rechtswissenschaftlerin und Universitätsprofessorin Andrea Edenharter gegenüber der Frankfurter Rundschau: *„Doch trotz der Krise darf in die Freiheitsrechte nicht in verfassungswidriger Weise eingegriffen werden. Vielmehr muss versucht werden, durch ein grundgesetzkonformes Vorgehen die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen."* [3] Der Vorwurf, verfassungswidrig zu handeln, trifft Politiker, die

INFEKTIONS-GRUNDLAGEN

dem Schutz der Rechtsordnung verpflichtet sind, in besonderem Maße. Corona-Hardliner zitieren zur Begründung ihrer Maßnahmen vor allem das Infektionsschutzgesetz. Hierzu sagt Edenharter: *„Tatsächlich berufen sich Regierungen und Behörden stets auf Paragraph 28 dieses Gesetzes. Er erlaubt, dass gegenüber Infizierten oder Verdachtsfällen besondere Schutzmaßnahmen ergriffen werden können. Aber das kann nicht für 82 Millionen Menschen gelten, die – trotz steigender Fallzahlen in Deutschland – zum jetzigen Zeitpunkt dennoch in der Mehrheit gesund sind."* Die Juristin macht auch auf die drohenden Schäden für alleinlebende und psychisch labile Menschen durch „Isolationshaft" aufmerksam: *„Hier drohen schädliche Nebenfolgen wie soziale Vereinsamung oder Erhöhung der Suizidgefahr."*

Edenharters Kollege, der Rechtsanwalt Niko Härting, stößt sich vor allem daran, dass das Bundesgesundheitsministerium das Infektionsschutzgesetz im März kurzfristig nachgebessert habe. Dies deute auf eine zuvor nicht ganz wasserdichte Rechtsgrundlage hin. „Es geht dem Bundesgesundheitsministerium doch ersichtlich darum, rechtswidrige Maßnahmen im Nachhinein zu legalisieren", so Niko Härting.[4]

Der Fall Bahner

Große Bekanntheit erlangte auch der Fall Beate Bahner.[5] Die Rechtsanwältin, die angab, zuvor völlig unpolitisch gewesen zu sein, verschickte kurz vor Ostern eine Pressemeldung, die zu erklären versuchte, *„warum der Shutdown verfassungswidrig ist und warum dies der größte Rechtsskandal ist, den die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat."* In einem Eilantrag forderte die Anwältin die sofortige Aufhebung aller bisher verhängten Corona-Maßnahmen. Die von der Regierung verordnete Isolation von Gesunden verletze das Recht

Quasi über Nacht war Demonstrieren von einem Grundrecht zum Strafbestand geworden.

auf Handlungs- und Bewegungsfreiheit, die unverletzliche Freiheit der Person, das Recht auf ungestörte Religionsfreiheit und andere – nicht zuletzt Artikel 1 des Grundgesetzes. Die Anweisungen seien daher nichtig, mit ihrer Exekution machten sich der Staat und seine ausführenden Organe selbst strafbar. Gegen das Corona-Regime gebe es seitens der Bevölkerung daher ein Recht auf Widerstand.

Kaum war der Eilantrag beim Gericht eingegangen, da versuchte der Staatsschutz Beate Bahner einzuschüchtern und erstattete Anzeige wegen Aufrufs zu einer Straftat. Es kam aber noch schlimmer: Bahner wurde unter bisher nicht gänzlich geklärten Umständen in eine psychiatrische Anstalt überführt. Obwohl sie bald wieder auf freien Fuß kam, schien Bahner in der Folge gebrochen. In eher wirren Worten wiederrief sie Teile ihrer bisherigen Vorwürfe gegen den Staat und gab an, wegen Urlaubs nichts von den mittlerweile geänderten Regeln gewusst zu haben. Damit war eine werdende „Ikone des Widerstands", auf die viele ihre Hoffnungen gesetzt hatten, praktisch deaktiviert. Mögliche „Nachahmungstäter" waren gewarnt.

Petitionen

Eine weitere Rechtsanwältin, Viviane Fischer, reichte eine Petition ein, die eine „Baseline-Studie" forderte.[6] Inhaltlich geht es darum, wie die von der Regierung verbreiteten Zahlen über Corona-Infizierte und -Tote zu bewerten sind. Insbesondere im Vergleich mit dem statistischen Normalfall („Baseline") und dem Infektionsgeschehen in den Vorjahren. *„Jeden Tag sterben in Deutschland 2500 Menschen"*, schrieb Fischer in ihrer Petition. *„Dies ist unsere normale Sterberate. Eine Übersterblichkeit ist bei unter 200 statistischen Corona-Toten in 18 Tagen absolut nicht gegeben."* Fischers Pamphlet suggeriert, dass Regierung und Medien durch ihren unsauberen Umgang mit Zahlen Panik schürten. Dies sei umso bedenklicher, als unter Berufung auf diese Zahlen Grundrechte ausgehebelt würden. *„Was ist hier los? Gibt es überhaupt eine Corona-Katastrophe? Und welchen Preis zahlen wir mit dem Lockdown? Notstandsgesetze, Zwangsrekrutierungen, gar noch Zwangsimpfungen? All das hat in Deutschland keinen guten Klang. Ich will unsere Alten und Schwachen schützen, aber die Opfer, die wir jetzt alle erbringen, müssen doch auch SINN machen."* Die Petition erreichte bis jetzt über 81000 Unterstützer, erhielt aber kein großes Medienecho.

Ebenfalls auf verlorenem Posten scheint ein Vorstoß von Helene und Ansgar Klein zu stehen, die die *„vollständige Aufhebung der im Zusammenhang mit der Corona-Krise verordneten Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten"* forderten.[7] Das Ehepaar argumentiert vor allem mit den „Kollateralschäden" der mit Berufung auf Corona angeordneten Bürgerrechtseinschränkungen. *„Es gibt keine überzeugenden Argumente, die die derzeitigen Restriktionen rechtfertigen. Im Gegenteil, die verordneten Einschränkungen gefährden den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Status der Bevölkerung."* Gerade bei

SCHUTZGESETZ

WIDERSTAND

älteren Menschen, die ja im Mittelpunkt staatlicher Fürsorge stünden, könne es zu *„schwerwiegenden psychischen Problemen und somit zu einer geschwächten Resilienz“* kommen. *„Die wirtschaftlichen Folgen sind schon jetzt schwerwiegend und das totale Außerkraftsetzen der Versammlungsfreiheit gefährdet in hohem Maße die Demokratie.“* Die Petition wurde bis jetzt von 77 000 Menschen unterzeichnet.

Mittlerweile gibt es zum Glück so viele „aufmüpfige“ Aktionen im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen, dass man den Überblick zu verlieren droht. Christoph Pfluger vom Schweizer Traditionsmagazin „Der Zeitpunkt“ gründete zum Beispiel die Datenbank „Corona Update“ mit alternativen Nachrichten und Fakten im handlichen Format.[8]

Jens Wernicke vom Webmagazin „Rubikon“[9] reichte eine Musterklage gegen die vom Land Rheinland-Pfalz verhängten Maßnahmen ein. *„Schluss mit dem Notstands-Regime!“* fordert Wernicke. Und er klagt an: *„Unter dem Schleier der Angst werden wir alle entmündigt, unserer Würde und Grundrechte beraubt und kollektiv traumatisiert.“* Die Klageschrift kann als Anregung für eigene gerichtliche Vorstöße dienen.[10]

Freiheit über allem!

Selbst eine „Corona-Skeptiker-Partei“ hat sich mittlerweile gegründet: Widerstand 2020.[11] Einer ihrer Gründer ist Bodo Schiffmann, Hals-Nasen-Ohren-Arzt und Leiter der Schwindelambulanz Sinsheim. Die Partei gründete sich, so ihr Vorstand, *„aus dem Willen heraus, sich nicht mehr machtlos zu fühlen.“* Warum eine Partei und nicht einfach eine Vereinigung? *„Unser System ist leider so aufgebaut, dass wir nur als Partei mit einer großen Anzahl an Mitgliedern wirklich an Entscheidungen mitwirken können.“* Widerstand 2020 soll eine Mitmach-Partei werden, deren Programm erst nach und nach von den Mitgliedern entwickelt wird. Nur eines scheint als Programmpunkt schon festzustehen: „Freiheit steht über allem“. Ein Slogan fast wie aus einer anderen Zeit.

Über Jahrzehnte habe Politiker und Medien mit Grausen auf die DDR geschaut: „Die haben ein ganzes Volk eingesperrt“. Und welche Zustände haben wir jetzt in der „freien Welt“? Reiseverbot, Bespitzelung jeder unsere Lebensäußerungen (schon vor Corona, wie durch den NSA-Skandal bekannt wurde) und ungefilterte Staatspropaganda auf allen Kanälen. Polizisten patrouillieren auf den Straßen und drangsalieren Bürger wegen Nichtigkeiten, verhängen Bußen wegen Verbrechen, die keine sind. Das Grundgesetz wird gebeugt, Meinungsgegner werden stigmatisiert.

Was ist aus diesem Europa, dieser vermeintlich freien Welt geworden? Es gibt zwei Meinungen darüber, ob die wichtigsten Menschenrechte – Paragraf 1 bis 20 des Grundgesetzes – in unserem Land noch gelten sollen oder nicht. Schlimmer noch: diejenigen, die in diesem massiven Abbau der Freiheitsrechte kein Problem sehen, scheinen in der Überzahl. Vielleicht wird die Freiheit weniger an der Machtgier der Politiker zugrunde gehen als an der mangelnden Liebe der Menschen, die so lange unter ihrem Schutz gelebt hatten. Wenn jetzt nichts geschieht, gehen wir finsteren Zeiten entgegen. Stehen wir auf! Holen wir uns unsere Demokratie zurück! ■

Der Autor

Roland Rottenfußer, Jahrgang 1963, war nach dem Germanistikstudium als Buchlektor und Journalist für verschiedene Verlage tätig. Von 2001 bis 2005 Redakteur beim spirituellen Magazin connection, später für den „Zeitpunkt“. Aktuell ist er als Redakteur und Autor für den Rubikon tätig. Seit 2006 ist er Chefredakteur von Hinter den Schlagzeilen.
www.rubikon.news; www.hinter-den-schlagzeilen.de

Fußnoten

1 **https://www.tagesspiegel.de**/politik/tritt-vor-dem-schutz-des-lebens-alles-zurueck-wolfgang-schaeuble-meint-das-richtige-sagt-aber-das-falsche/25777154.html
2 **www.nichtohneuns.de**
3 **https://www.fr.de**/politik/ein-verfassungswidriger-eingriff-freiheits-rechte-13618487.html
4 **https://www.tagesschau.de**/inland/corona-massnahmen-rechtmaessig-101.html
5 **www.rubikon.news**/artikel/erstickter-widerstand
6 **www.openpetition.de**/petition/online/fuehren-sie-die-baseline-studie-durch-wir-brauchen-endlich-saubere-corona-daten
7 **www.openpetition.de**/petition/online/sofortige-aufhebung-aller-in-der-corona-krise-verfuegten-einschraenkungen-buergerlicher-freiheiten
8 **www.zeitpunkt.ch**/corona-update
9 **www.rubikon.news**
10 **www.rubikon.news**/artikel/der-verfassungsnotstand
11 **https://widerstand2020.de**

raum & zeit

SONDERDRUCK

ehlers verlag gmbh,
Geltinger Str. 14e,
82515 Wolfratshausen,
Tel.: 08171/4184-60,
Fax: 08171/4184-66
E-Mail: vertrieb@ehlersverlag.de,
www.raum-und-zeit.com;

Nachdruck und Weiterverbreitung
mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!!!
Auch Online abrufbar unter:
www.raum-und-zeit.com/gesellschaft/coronakrise/

Natürliche und effektive Heilmethoden

DEINE Gesundheit

- Naturmedizin
- Gesund essen
- Ganzheitliche Heilweisen
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Vitalstoffe für die Gesunderhaltung
- Bewegungslehren
- Herz und Seele heilen
- Achtsamkeit & Selbstfürsorge
- Heilpflanzenkunde

Unser Kennenlern-Angebot für Sie:
Deine Gesundheit Probe-Abo * (3 Hefte)
Bestell-Nr. 631 / Preis 9,90 € **

ehlers verlag gmbh, Abonnement-Service,
Geltinger Str. 14e, D-82515 Wolfratshausen
+49 8171/41 84-60
abo@ehlersverlag.de
www.deine-gesundheit-online.de

Bestellen Sie gleich Ihr Probeabo!

* nur einmalig bestellbar
** Versand innerhalb D gratis, Europa zzgl. 3,- €

Hier gratis Probeheft bestellen/downloaden:

WISSENSCHAFT lebt von der DISKUSSION

- informiert über das, was (lebens-)wichtig ist.
- informiert über eine angstfreie Zukunft.
- informiert über das, was die (anzeigen-) abhängigen Medien verschweigen müssen.
- informiert über Wege zum Selbstvertrauen.
- informiert über Hintergründe, die Sie aus den Massenmedien nie erfahren.
- informiert über eine lebens- und menschenfreundliche Wissenschaft.

Neugierig geworden?
raum&zeit Probeabo für nur 18,- €

Das Probeabonnement zum Spezial-Kennenlern-Preis umfasst drei Ausgaben (Halbjahresabo) und kostet nur 18,- € inklusive Versandkosten innerhalb Deutschlands. (Ins Ausland zzgl. Versandkosten: Europa 6,- €, Welt 9,- €.)

Es beginnt mit der jeweils aktuellen Ausgabe und wird nach Lieferung des dritten Heftes automatisch in ein reguläres Abo zum Preis von 54,- € umgewandelt, falls es nicht fristgerecht gekündigt wird. Der Abschluss eines Probeabos ist nur einmal möglich.

Kostenloses Probeheft bestellen:

ehlers verlag gmbh, Geltinger Str.14e, 82515 Wolfratshausen
Tel.: 08171/4184-60, Fax: 08171/4184-66, E-Mail: abo@ehlersverlag.de

raum&zeit damit Sie besser informiert sind!
www.raum-und-zeit.com